

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 03
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 198

18. Oktober 1982

Hans Koschnick, Präsident
des Senats der Freien
Hansestadt Bremen, gratu-
liert Kurt Scharf zum 80.
Geburtstag: Wer den Frie-
den im Herzen trägt.
Seite 1

Rudolf Dreßler MdB unter-
streicht, daß die Begren-
zung des Ausländerzuzugs
die Voraussetzung für
ein realistisches Einglie-
derungsangebot ist: In-
tegration und Restriktion.
Seite 2

Peter Männing MdB stellt
fest, daß Kohls außenpoli-
tisches Credo Fragen auf-
wirft: Erneuerung statt
Kontinuität? Seite 5

Dokumentation
Beitrag zur Diskussion um
die SPD und die neuen so-
zialen Bewegungen von
Hermann Scheer: Zum Unter-
schied von Partei und Be-
wegung (Teil II und Schluß)
Seite 7

Wer den Frieden im Herzen trägt

Zum 80. Geburtstag von Kurt Scharf

Von Hans Koschnick
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Kurt Scharf wird am 21. Oktober 1982 80 Jahre alt. Sein
Leben und seine Wirksamkeit hat vielen Sozialdemokraten
eingewandeltes Verständnis von Kirche, von dem, was an
ihr glaubwürdig ist, vermittelt. Seine geistige Herkunft
liegt nicht weit von der Sozialdemokratie, beim sozialen
Liberalismus Friedrich Naumanns. Dennoch wollen wir den
Theologen und aktiven Humanisten Scharf nicht vereinnah-
men, wenngleich er uns recht nahe steht.

Wir erinnern am 80. Geburtstag von Kurt Scharf an dessen
unerschrockenes Zeugnis während der nationalsozialisti-
schen Zeit, an seine weitsichtigen Führungsfähigkeiten
(Ost-Denkschrift) als Vorsitzender des Rates der EKD,
an seine diplomatische Ader in der Deutschlandfrage als
Berliner Bischof und an seine Zivilcourage während der
Zeit der Berliner Studentenunruhen und der Haft Ulrike
Meinhofs.

Am frischesten jedoch ist der Eindruck von Kurt Scharfs
Aktivität in der heutigen Friedensbewegung. Dort gilt
er nicht als Unheilprophet, deren Zahl täglich wächst,
sondern als ein Nachfrager der alttestamentlichen Zuver-
sicht: Wer den Frieden wirklich im Herzen trägt, kann
auch die Welt befrieden helfen.

Wir wünschen Kurt Scharf ein langes, aktives Leben,
weil wir Zeugen wie ihn dringend brauchen.
(-/18.10.1982/bgy/ca)

+ + +

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 136-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Leitender Manager
www.wirte-Rubing.de
Reise-Info-Netz



Integration und Restriktion

Begrenzung des Zuzugs ist Voraussetzung für ein realistisches Angebot

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Wie sich doch die Zeiten ändern: Noch 1964 wurde der einmillionste "Gastarbeiter" in Köln mit großem Bahnhof begrüßt und mit einem Moped beschenkt - heute mehrten sich ausländerfeindliche Parolen an Hauswänden.

Heute schließen rechtsextremistische Gruppen aus dem Boden, die angesichts der schwieriger gewordenen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in unserem Land Emotionen zu schüren versuchen und Haß predigen. Selbst eine Professorengruppe in Heidelberg war sich nicht zu schade, vor einer "Unterwanderung des deutschen Volkes" zu warnen. Unter dem Titel "Heidelberger Manifest" wagen sich sogenannte Akademiker mit Auffassungen an die Öffentlichkeit, die verhängnisvolle Gedankenverknüpfungen an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte wecken. Gerade weil dieses Papier von Professoren unterzeichnet ist, gilt es zu warnen. Es ist mehr als eine Vermutung, daß der Titel "Professor" Wissenschaftlichkeit ausweist. Latente und offene Ausländerfeindlichkeit, gerade wirksam bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wird durch die professoralen Unterzeichner achtbar gemacht.

Das Machwerk beruft sich ausgerechnet auf das Grundgesetz: Dieses gehe vom Begriff "Volk" aus, und zwar vom deutschen Volk. Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik widerspreche dem Grundgesetz, das alle Deutschen zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichte. Es folgt die These von "erhaltenswerten Völkern und Nationen", welche die Antithese von nicht erhaltenswerten Völkern und Nationen herausfordert. Hinzu kommt die Beschwörung ethnischer Katastrophen, welche mit multikulturellen Gesellschaften verbunden seien. Wo sind die deutschen Professoren, die ihren im Geist verwirrt scheinenden Kollegen klarmachen, daß es das Bundesverfassungsgericht war, das in einer Entscheidung zum Grundlagenvertrag vom Begriff der "politischen Nation" ausgegangen ist; daß keine Rede von Einschöpfung auf das Volk als einer einrassigen Gesellschaft gewesen ist.

"Nach 1945", schreibt Günter Grass, "hat es eine Einwanderungswelle gegeben. Es waren über neun Millionen Flüchtlinge, die aus den verlorenen Ostprovinzen, auch anderen Ländern des Ostens, nach Westen strömten. Und ich behaupte hier, daß die Reaktion eines Großteils der westdeutschen Bevölkerung auf diese Ostflüchtlinge die Reaktion war wie auf Ausländer, obgleich es sich um Deutsche handelte." Dennoch hat man politisch richtig gehandelt. Diese neun Millionen Flüchtlinge sind nicht in Lager gesperrt worden. Man hat sehr rasch begriffen, daß diese Flüchtlinge mit einem Nichts im Hintergrund natürlich der Motor gewesen sind für das, was man später das Wirtschaftswunder genannt hat.

Ein Jahrzehnt später begann dieses Wirtschaftswunder, Arbeitskräftemangel aufzuzeigen. Es wurden Ausländer, in erster Linie aus Italien, aber auch aus anderen Ländern, ins Land gerufen. Der Boom der Wirtschaft, die beständigen Zuwachsraten ließen die Zahl der Gastarbeiter anschwellen und anschwellen. Und erst, als es Anfang der 70er Jahre nach der ersten Erdölkrise auf einmal hieß, mit Wirtschaftswachstum ist auf Dauer nicht zu rechnen, war man sehr rasch bereit, die Leute wieder abschieben zu wollen, denen man einen großen Teil des Wirtschaftswunders verdankt. Das wird sich so nicht machen lassen.

Auch wenn die ausländerfeindlichen Parolen bisher eher Einzelfälle sind: Das Klima hat sich geändert. Waren es im November 1978 nur 39 Prozent, die für eine Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat plädierten, so erhöhte sich diese Zahl, wie eine Umfrage zeigt, im Februar dieses Jahres auf beachtliche 55 Prozent.

Wir dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, weil sie das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern erschweren und den inneren Frieden gefährden kann. Wir dürfen aber auch nicht den Vereinfachern auf den Leim gehen, die glauben, es gäbe kurzfristige



Patentrezepte. Verhängnisvoll wäre es, das Thema zu Wahlkampfzwecken zwischen den demokratischen Parteien zu mißbrauchen.

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht anerkennend den Beitrag, den Ausländer für unseren Wohlstand in unserer Wirtschaft geleistet haben und noch leisten. Und obwohl es viele Überfremdungssängste gibt, lehnt diese Mehrheit jede bloße "Ausländer-raus-Mhaltung" entschieden ab. Die Arbeitslosenzahlen sind keine deutsche Besonderheit. Die deutsche Volkswirtschaft hat von der Arbeitskraft ausländischer Arbeitnehmer profitiert, und sie tut es noch heute. Unsere Volkswirtschaft hat in den Jahren wirtschaftlichen Wachstums keine nennenswerte soziale Folgelast tragen müssen.

Es kann nicht bestritten werden, daß ausländische Arbeitnehmer erheblich dazu beigetragen haben, den Lebensstandard bei uns zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und den wirtschaftlichen Abstand zu den Ländern, aus denen wir sie geholt haben, zu vergrößern. Sie haben Beiträge gezahlt innerhalb unseres Sozialsystems. Wir haben die "Gleichheit im Geben" als die selbstverständlichste Sache der Welt betrachtet. Nun haben sich die Rahmenbedingungen verändert. Sozialdemokraten sind deshalb aber nicht bereit, die Jahre vorher zu verdrängen.

Nicht nur der Deutsche Gewerkschaftsbund warnt vor dem Irrglauben, ausländische Arbeitnehmer durch Deutsche ersetzen zu können. Auch das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" erklärte: "Die Tätigkeitsmerkmale und Qualifikationsunterschiede der Arbeitsplätze von Deutschen und Ausländern stimmen oft nicht überein. Deshalb wäre eine Substitution durch Deutsche kaum in größerem Umfang möglich."

Wir sind in der Ausländerpolitik für Integration und Konsolidierung der Ausländerzahl. Es gibt weder zur Integrationspolitik eine Alternative noch zur Begrenzungs politik. Wer sich einer rechtverstandenen Begrenzungs politik verweigert, wird die Integrationspolitischen Ziele verfehlen.

Integration ist für uns bestmögliche Eingliederung des Ausländers in Gesellschaft und Beruf. Wir haben, für unsere ausländischen Arbeitnehmer eine hohe beschäftigungspolitische Verantwortung übernommen, der wir uns nicht entziehen können. Deshalb erteilen wir jeder Politik eines "Ausländer-raus" eine klare Absage. Wir sind gegen den von der CDU und CSU immer wieder geforderten modernen Sklavenhandel, ob man ihn "Rotationsprinzip" nennt oder "Abschiebepremien" zahlen will. Rückkehr ins Heimatland kann nur auf freiwilliger Basis geschehen.

Unsere beschäftigungspolitische Verantwortung besteht natürlich ganz besonders gegenüber der großen Zahl von ausländischen Jugendlichen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Überhaupt ist für uns die zweite, und zum Teil ja sogar schon die dritte Generation der Ausländer ein Schwerpunkt aller politischen Bemühungen. Hier bedarf es noch weiterer erheblicher integrationspolitischer Anstrengungen, insbesondere im Bereich des Bildungssystems. Adressaten sind vor allem die Länder. Die vom Bund initiierten Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer sind weiter auszubauen. Ich hoffe, daß hierfür auch hinreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Im Kindergarten, in der Schule, in der Berufsausbildung entscheidet sich, ob Integration gelingt. Jedenfalls die der zweiten und dritten Ausländergeneration.

Weil manche von uns zu schnell zu viel wollten und zu optimistisch hinsichtlich der Integrationsfähigkeit der Ausländer waren, sprechen sie nun resignativ von "Bildungs- und Integrationsunwilligkeit" ausländischer Jugendlicher. Die gibt es; übrigens auch unter deutschen Jugendlichen. Aber: Die Nachfrage nach den MBSE-Kursen (MBSE bedeutet: Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung) liegt um 40 Prozent höher als das Angebot. Zu den Intensiv-Sprachkursen melden sich drimal so viele Jugendliche an, wie Plätze vorhanden sind. Solange dies so ist, solange wir nicht jedem bildungswilligen ausländischen Jugendlichen tatsächlich ein adäquates Ausbildungsangebot machen können, ist die Diskussion über Bildungsunwilligkeit eine Ausflucht, mit der herauszureden niemandem erlaubt sein darf.

Alle, die Verantwortung für Kindergarten, Schule und Berufsausbildung tragen, müssen noch mehr Phantasie, Engagement und vor allen Dingen auch Geld aufwenden, damit unser Bildungssystem dieser Herausforderung gerecht werden kann. Denn eines darf nicht geschehen: Daß ausländische Kinder Schule als Verschiebebahnhof erfahren, auf dem Lebenschancen zugeteilt werden. Und daß dabei für sie nur die Einbahnstraße in soziale Benachteiligung übrig bleibt.

Eine Befragung der Industrie- und Handelskammer Münster hat ergeben, daß über 80 Prozent der Betriebe bereit sind, ausländische Jugendliche auszubilden, wenn sie die deutsche

Sprache hinreichend beherrschen. Bereitschaft zeigen ist gut, entsprechend handeln, ist besser. Dies ist auch eine Chance für sie selbst: Sie können sich heute die Facharbeiter heranbilden, auf die sie in den 90er Jahren dringend angewiesen sein werden. Der Bund finanziert 56 Modellvorhaben für ausländische Kinder und Jugendliche, darunter das "Programm zur Förderung der Ausbildung von ausländischen Jugendlichen in anerkannten Ausbildungsberufen", das "Programm für die Förderung benachteiligter Jugendlicher", die "regionalen Arbeitsstellen" in acht Städten des Ruhrgebiets, die abgestimmte Maßnahmen zur Eingliederung ausländischer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in die jeweiligen Bildungseinrichtungen entwickeln sollen.

Jede Integrationspolitik ist zum Scheitern verurteilt, wenn man das Problem zahlenmäßig nicht in den Griff bekommt. Die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland für Ausländer ist erschöpft. Bei weiter steigenden Ausländerzahlen würden die Integrationsprobleme - vor allem in den Städten - ein nicht mehr zu bewältigendes Ausmaß annehmen. Außerdem nimmt die bereits sehr hohe Arbeitslosigkeit unter den Ausländern dann noch zu. Daher muß sich der Kurs in der Ausländerpolitik konsequent an der Begrenzung des Zuzugs weiterer Ausländer orientieren. Der Anwerbestop darf nicht angetastet werden. Auch die Beschäftigungszugangsbeschränkungen für Asylbewerber und für Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer müssen erhalten bleiben.

Der Familiennachzug muß - ohne das Recht darauf anzutasten - sozial verantwortlich gesteuert werden. Sehr wichtig ist aber vor allem, den weiteren Zuzug türkischer Erwerbspersonen ab 1986 zu verhindern. Dies muß durch entsprechende Vereinbarungen über die endgültige Regelung der Freizügigkeit im Rahmen der Assoziation der Türkei an die EG geschehen. Nur wenn es gelingt, den Zustrom aus dem Ausland zu begrenzen, dann kann Integrationspolitik erfolgreich sein und entscheidend dazu beitragen, der aufkommenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken. Nur dann läßt sich die unverzichtbare Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Ausländerintegration sichern.

Zwischen Integrationspolitik einerseits und "Restriktionspolitik" andererseits besteht insofern kein Widerspruch. Im Interesse einer möglichst frühzeitigen Integration der Ausländerkinder ist daher das Durchlaufen des deutschen Bildungssystems frühestmöglich anzustreben. Wir verzeichnen heute, daß viel zu viele Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu spät in die Bundesrepublik einreisen. Die Konsequenz daraus ist, daß sie weder eine deutsche Schulausbildung, noch damit verbundene ausreichende deutsche Sprachkenntnisse und erst recht keine berufliche Qualifikation erreichen.

Ich meine, daß man neun Jahre nach dem Anwerbestop ausländischen Eltern zumuten darf, sich zu entscheiden, wo der zukünftige Lebensmittelpunkt für die nachfolgende Generation liegen soll: Entweder in der Bundesrepublik oder in ihrem Heimatland. Diese Entscheidung können sie sich nicht endlos offenhalten. Wir können nicht hinnehmen, daß die Jugendlichen erst in einem Alter einreisen, in dem sie beruflich keine Chancen mehr haben. Zudem verursachen sie dann einen hohen Aufwand für Integrationsbemühungen, die bei rechtzeitigem Zuzug nicht entstanden wären und die dennoch nur bedingt Erfolg versprechen. Es ist deshalb notwendig darauf zu drängen, daß die Kinder ab dem sechsten Lebensjahr das deutsche Schulsystem erfolgreich durchlaufen.

Um dieses Konzept in sich geschlossen, praktikabel und politisch sinnvoll zu gestalten, wollen wir eine Verstetigung des Aufenthaltsrechts und die Möglichkeit bieten, deutsche Staatsbürger zu werden. Eine solche Bemühung ist eigentlich keine Maßnahme der zahlenmäßigen Begrenzung des Zuzugs. Sie ist vielmehr die Voraussetzung für ein realistisches Angebot zur Integration.

Der Kindernachzug würde also nicht untersagt, sondern nur unter Berücksichtigung des Alters gesteuert. Nicht das Ob, sondern das Wie (oder das Wann) des Nachzugs bedarf einer Regelung. Diese Überlegung des Wie (oder Wann) ist auch verfassungsrechtlich legitimiert. Artikel 6 des Grundgesetzes, der auch für Ausländer gilt, stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Das Elternrecht ist aber nicht absolut geschützt, nämlich dann nicht, wenn sonst das Kindeswohl schweren Schaden leiden müßte. Die ausländischen Eltern können in der Regel nicht - und noch weniger natürlich die Kinder - die Hindernisse für Erfolg in Beruf und Umwelt richtig einschätzen, die durch Sprach- und Integrationsschwierigkeiten entstehen und die sozial Behinderte vorprogrammieren.

Wir haben die Pflicht zur Integration. Aber wir können sie nur schaffen, wenn wir das Problem nicht unbegrenzt anwachsen lassen und wenn wir dafür sorgen, daß wir die nachwachsende Generation in einem Alter integrieren, in dem dies noch möglich ist.

Erneuerung statt Kontinuität?

Kohls außenpolitisches Credo wirft Fragen auf

Von Peter Männing MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Wenngleich die Erklärung der Übergangsregierung Kohl/Zimmermann/Genscher in ihrem außenpolitischen Teil wenig präzise ist und zahlreiche Detailfragen unberücksichtigt blieben, kann man mit wichtigen Passagen übereinstimmen, was im Interesse der Kontinuität und Glaubwürdigkeit bundesdeutscher Außenpolitik begrüßenswert ist. Wir stimmen vor allem überein in folgenden Aussagen Kohls:

- "Frieden schaffen ohne Waffen: Das ist ein verständlicher Wunsch, ein schöner Traum, aber es ist vor allem eine lebensgefährliche Illusion.
- Frieden schaffen nur durch Waffen: Das wäre eine tödliche Verblendung.
- Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: Das ist die Aufgabe unserer Zeit".
- "Wir, die Deutschen, wollen weder einen nuklearen, noch einen konventionellen Krieg. Wir wollen den Frieden in Freiheit."

Wir Sozialdemokraten begrüßen das Bekenntnis Kohls zu echter Entspannung, zum Dialog und zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der Grundverträge und der KSZE-Schlußakte sowie die Bereitschaft, den Beziehungen zur Sowjetunion "besondere Aufmerksamkeit" zu widmen und deren "kontinuierliche Weiterentwicklung" anzustreben.

In einem wesentlichen Punkt gibt es allerdings einen Widerspruch zwischen der Regierungserklärung und dem Koalitionspapier beziehungsweise vorangegangenen Erklärungen: Während zunächst stets mit Worten Kontinuität in der Außenpolitik bekundet wurde, kommt in der Regierungserklärung dieser Begriff nicht mehr vor. Kohl programmierte als Schwerpunkt: "Wir wollen die Grundlagen deutscher Außenpolitik erneuern." Es wird zu prüfen sein, was in der Praxis gilt.

Wenn Helmut Kohl als erste außenpolitische Priorität herausstellt, "wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien", so soll dies offenkundig aus parteifegolistischen Motiven einer Legendenbildung dienen, denn für eine solche "Befreiung" gibt es keinerlei Notwendigkeit. Auch unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt und Helmut Schmidt wurde nie ein Zweifel daran gelassen, daß von der Freundschaft



mit den USA die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abhängt. Die Bundesrepublik Deutschland war unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung stets ein zuverlässiger, selbstbewußter, konstruktiv-kritischer Partner amerikanischer Regierungen.

Helmut Kohl engt in der Regierungserklärung den Begriff der "Sicherheitspartnerschaft" - der im Unterschied zum Koalitionspapier hier auftaucht - auf die Beziehungen im Atlantischen Bündnis ein. In der Politik sollte es aber weniger um Überschriften als um Inhalte gehen.

Die Sozialdemokraten werden darüber wachen, daß im Interesse der Friedenssicherung ein fairer Dialog und eine Zusammenarbeit auch mit kommunistischen Staaten weitergeführt wird, weil nur so ein vertrauensvolles Klima gepflegt, Abrüstungsschritte dadurch ermöglicht und der Friede auf politischer Grundlage stabilisiert werden kann.

Bundeskanzler Helmut Kohl - zugleich Parteivorsitzender der CDU - muß sich außerdem fragen lassen, wie er zum Inhalt einer soeben erschienenen Streitschrift seiner Bundesgeschäftsstelle steht. Zwischen staatsmännisch klingenden Aussagen seiner Regierungserklärung und dieser Parteibroschüre gibt es nicht nur im Ton, sondern auch im Inhalt Diskrepanzen. Die Sätze "Die Alternative zur Entspannung muß nicht Spannung heißen. Gewiß müssen die europäischen Völker wieder lernen, zeitweilig auch Spannungen auszuhalten." sind zumindest als mehrdeutig zu klassifizieren.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sich zielstrebig darum bemühen, ihrer verantwortungsvollen Rolle als Opposition gerecht zu werden. Sie wird die Außenpolitik der Bundesregierung konstruktiv-kritisch begleiten. Jeden Bruch außenpolitischer Kontinuität in Grundsatzfragen wird sie jedoch unachsichtig anprangern. Sie wird entschiedenen Widerstand zum Beispiel dagegen leisten, daß die Menschenrechtsfrage einseitig als antikommunistisches Vehikel mißbraucht wird und daß bundesdeutsche Außenpolitik in der Praxis wieder im Geiste deutsch-nationaler Traditionselemente oder des militanten Antikommunismus gestaltet wird, um ein Hineingleiten in einen neuen Kalten Krieg zu verhindern.

(-/18.10.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Als Beitrag zur Diskussion um die SPD und die neuen sozialen Bewegungen (vergleiche Peter von Oertzen, "Realität und Utopie" in den SPD-Pressediensten vom 29. September bis 4. Oktober 1982) hat Dr. Hermann Scheer MdB folgenden Aufsatz verfaßt, der auch in seinem Buch "Mittendrin, Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik" (Bund-Verlag) enthalten ist.

Zum Unterschied von Partei und Bewegung (Teil II und Schluß)

Das Gefühl des Vakuums und die Angst führen zu der explosiven politischen Stimmung, wie sie etwa bei Demonstrationen gegen Kernkraftwerke oder gegen die Startbahn West zum Ausdruck kamen, und wie sie auch bei Aktionen gegen Raketenstandorte im Falle der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen bevorstünden. Indem die neuen Massenbewegungen als letzte und einzige Chance begriffen werden, entwickelt sich daraus ein weitgehender Relativismus gegenüber den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und der demokratischen Ordnung. Nur so ist erklärbar, daß manchem in der Bewegung Aktionen zur Verhinderung der Startbahn West wichtiger sind als die Verhinderung einer CDU-Regierung in Hessen oder als die Fortführung der sozialliberalen Koalition in Bonn; die Verhinderung von Mittelstreckenraketen wichtiger als die Zukunft der europäischen Entspannungspolitik; die Bewegung höherwertiger als die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung, denn vor deren Aufrechterhaltung stehe das Ziel des Überlebens. Dazu gehört die Berufung auf das Widerstandsrecht gegen Maßnahmen des Staates, die als Gefährdung dieses Überlebens begriffen werden. Dies führt zu Vorstellungen in der Bewegung, die Bundesrepublik befinde sich in einer Art vorrevolutionärer Situation, während sich ihre Energie auf die Verhinderung weiterer industriell-technischer Veränderungen richtet. Tatsächlich ist sie defensiv statt offensiv orientiert.

Weil die "Weltuhr" heute anders laufe; weil die entscheidende Wende herbeigezwungen werden müsse; und weil ohnehin fast alles egal sei, wenn dies nicht gelinge, findet man mit Argumenten oft wenig Resonanz, die auf negative Folgen eines umfassenden konservativen Rückschlags oder gar auf die Gefährdung der Grundlagen der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung verweisen. Auch hier findet sich ein fundamentaler Unterschied zwischen einem Politikverständnis in der Bewegung und dem der SPD: Die SPD ist in ihrer Politik prinzipiell auf immer erneute Versuche und Anläufe angelegt. Sie kann sich nicht darauf einlassen, um einer oder weniger Fragen willen, die "jetzt oder nie" durchgesetzt werden müßten, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Sie muß an die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung denken, die ihr das weitere Wirken auch nach einem Scheitern eines Versuchs ermöglicht. Demgegenüber steht ein durchaus verbreitetes Bewegungshandeln, das eventuell sogar dazu führt, ein politisches Tabula rasa zu riskieren, sich zu opfern. Die Frage, was nach solchen Versuchen kommt, wer dann in politischer Verantwortung steht, wird nicht gestellt. Die Bewegung setzt auf eine kräfteaubende Strategie und ist auch bereit zur Niederlage. Die SPD dagegen bedarf um der Aufrechterhaltung kurz-, mittel- und langfristiger Handlungsmöglichkeiten einer kräftesparenden und -einteilenden Strategie. Das Politikverständnis mancher in der Bewegung ist kurzfristig, risikoreich und nährt sich von dem Bewußtsein, die entscheidende Schlacht stehe nun bevor.

Integration neuer Bewegungen?

Die Frage der Integration der neuen Bewegungen hat in der SPD zu heftigen Kontroversen geführt, wobei der bisherige Höhepunkt die Diskussion um die "Sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie" von Richard Löwenthal zum Jahresende 1981 war. Die These Löwenthals lautete: In dem alternativen Spektrum der Republik habe sich eine antiindustrielle Weltanschauung verdichtet, hin zur Ablehnung der "arbeitsteiligen Industriegesellschaft" in Verbindung mit einem "Rückzug aus den Institutionen unserer Demokratie". Die SPD dürfe dieser Entwicklung gegenüber keine Integrationsabsichten entwickeln und müsse sich um ihrer Identität willen "klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der "Aussteiger" entscheiden. Die Ziele von Sozialdemokraten und Alternativen seien unvereinbar. Peter von Oertzen antwortete mit dem Hinweis, "daß viele Hoffnungen, Vorstellungen und



Ziele der breiten alternativen Strömung sehr wohl mit sozialdemokratischen, demokratisch-sozialistischen Zielen übereinstimmen oder zumindest verwandt sind. Allemal und in erster Linie der Grundsatz, daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe und nicht der Mensch der Wirtschaft; sodann: mehr solidarische Selbsthilfe und weniger Bürokratie; überschaubare Strukturen in Staat, Gemeinde, Wirtschaft und Kultur, die Mitbestimmung und Selbstbestimmung ermöglichen; eine Milderung (nicht Abschaffung) der Arbeitsteilung und mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz; das Streben nach menschlicheren Formen des Wohnens, der Nachbarschaft, der Freizeit. Und sind das, wie Löwenthal uns weismachen will, wirklich nur 'humane Motive' oder nicht doch handfeste politische Ziele?"

Die Kontroverse artete teilweise aus in eine, bei der das Bewußtsein der "arbeitsteiligen Industriegesellschaft" einfach gegen das "neue Bewußtsein" gesetzt wurde, "alte" gegen "neue" Werte, wobei die sozialen Interessen und Widersprüche kaum noch eine Rolle spielen. Bleibt man jedoch bei einem Vergleich sozialdemokratischer und "alternativer" Zielwerte, so ist den Ausführungen Oertzens zuzustimmen. Die Differenz liegt nicht bei den allgemeinen Zielen, sondern beim Politikverständnis und bei den praktischen Vorstellungen, wie solche Werte zu verwirklichen sind. Hierbei gibt es Konflikte, die zu einem durchaus großen Teil auflösbar sind, was eine entsprechende sozialdemokratische Politik und die bessere Verdeutlichung sozialdemokratischen Politik- und Demokratieverständnisses voraussetzt. Und es gibt jenseits dessen zu einigen alternativen Strömungen konkrete und grundsätzliche Unauflösbarkeiten vorhandener Konflikte. Bevor über Integration gesprochen wird, muß darüber gesprochen werden.

Wenn es der SPD gelingt, ihren Ansatz einer Politik des qualitativen, ökologisch verträglichen Wirtschaftswachstums weiterzuentwickeln und praktisch mehr als bisher wirksam werden zu lassen, werden sich viele Konflikte auflösen. Das gleiche wird geschehen, wenn es der SPD gelingt, ihre Perspektive zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung besser zu verdeutlichen und eine praktische Perspektive zu einer nuklearen Abrüstung zu entwickeln. Sowohl die Ökologie- wie die Friedensbewegung bewirken einen verstärkten Druck, die Bemühungen der SPD in dieser Richtung zu verstärken. Mit anderen Worten: Diese Bewegungen führen zur Intensivierung von politischen Anstrengungen, die von der SPD ohnehin ergriffen werden müssen und zu ihren programmatischen Zielsetzungen gehören. Es muß der SPD also in erster Linie um eine politisch geeignete thematische Integration neuer Anstöße gehen, nicht um eine formelle Integration. Eine thematische Integration aber hat wie von selbst Integration von Teilen der Bewegung zur Folge. Es ist besser, wenn Partei und Bewegungen in kritischer Distanz bleiben und ihre nicht austauschbaren Funktionen unabhängig voneinander wahrnehmen. Die SPD muß diese Bewegungen und ihre Autonomie respektieren, sie kann und darf sich nicht an die Spitze der Bewegungen stellen oder mit ihr zusammengehen wollen. So notwendig es ist, offen zu sein für Impulse aus den Bewegungen, so notwendig ist es gleichzeitig, den Ideen und Politikverständnissen entgegenzutreten, die mit der parlamentarischen Demokratie, mit Demokratie überhaupt und Toleranz gänzlich unvereinbar sind. Es gibt in der Tat Auffassungen in den neuen Bewegungen, die nicht nur im Vokabular an die klassische deutsche Rechte erinnern, und es gibt unverkennbare anarchistische Strömungen. Die Differenzierung, zu der die alternative Bewegung um ihrer Bewegungsdynamik willen nicht in der Lage ist, muß von Sozialdemokraten vorgenommen werden.

Daß die Unterschiede, im Handlungsverständnis nicht ausreichend verstanden sind, stellt das eigentliche Problem zwischen SPD und neuen Bewegungen dar. In der SPD führt dies Unverständnis zu platten Integrationsvorstellungen oder zu Ignoranz gegenüber Bewegungen und in den Bewegungen zu Ambitionen, für sich einen gesonderten alternativen parlamentarischen Arm zu reklamieren. Die Breite einer Bewegung wird dann in das Rinnsal einer kleinen Partei zu leiten versucht. Dadurch geht aber entweder der besondere Bewegungscharakter verloren oder es kommt zu einer Verschiebung von parlamentarischen Kräfteverhältnissen und Konflikten, die der parlamentarischen Umsetzung von neuen politischen Ansätzen entgegenstehen.

Dabei ist in den Demokratie-Vorstellungen der SPD schon vorgezeichnet, wie außerparlamentarische Bewegungen zu verstehen sind. Danach soll die politische Demokratie, verstanden als die Demokratisierung des Staates, durch einen demokratischen Parlamentarismus, ergänzt werden durch eine breite soziale beziehungsweise gesellschaftliche Demokratie, verstanden als eine zunehmende Mitwirkung des Einzelnen auch außerhalb des Parlaments und der Parteien. Diesem Gedanken hat die SPD Rechnung zu tragen versucht durch ihre Bemühungen um



37. Jahrgang / 198 / 18. Oktober 1982

eine Demokratisierung der Wirtschaft, durch Bürgerbeteiligungsverfahren in der Bauplanung, vermehrte Mitbestimmung an Hochschulen und Schulen. Hierbei ging es jeweils um eine der Funktionen der jeweiligen gesellschaftlichen Bereiche, Institutionen und Einrichtungen entsprechende Mitbestimmung, für die dann geeignete Mitwirkungsverfahren entwickelt wurden. Die politische Arbeitsteilung zwischen Parteien und Gewerkschaften ist darüber hinaus das klassische geschichtliche Beispiel einer Differenzierung zwischen einer parlamentarischen Partei und einer autonomen, organisierten außerparlamentarischen Bewegung, bei grundsätzlich gleicher gesellschaftspolitischer Zielsetzung. Niemand in der SPD käme auf die Idee, sich deshalb an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung setzen zu wollen oder mit ihr einen Verschmelzungsprozeß einzugehen, und die verschiedenen Aktionsformen einer Partei und einer Gewerkschaft sind anerkannt. Daneben gibt es manche andere Initiativen und Vereinigungen, die unabhängig von der SPD handeln, auch wenn ihre Zielsetzungen denen der SPD verwandt sind. Auch hier ist die Unterschiedlichkeit der Funktionen und der politisch wirksamen Handlungen anerkannt und verstanden. Sie gehören zum gewohnten Bild des gesellschaftspolitisch tätigen Spektrums der Republik, haben sich organisiert und formalisiert und ihren politischen Platz gefunden. Im Unterschied dazu sind neue Bewegungen eben nur neu, ihre Fragestellungen andere, sie sind noch mehr von Spontaneität statt von Organisation geprägt, sie sind nicht institutionalisiert und auch noch nicht etabliert - obwohl sich auch dies bereits teilweise schon vollzieht, etwa in Form des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, von Dritte-Welt-Läden oder ökologischen Produktions-Kooperativen. Wenn es heute viele tausend Bürgerinitiativen gibt, dann ist das Ausweis eines breiteren Mitwirkungsbedürfnisses, das nicht durch Parteien ersetzt oder aufgesaugt werden könnte und auch nicht sollte. Bei der Frauenbewegung, der Ökologie-, der Dritte-Welt-Bewegung, der Alternativ- und der Friedensbewegung, jeweils mit ihren zahlreichen Einzelströmungen und -initiativen, ist dies auch nicht anders zu bewerten. Die Republik ist mitten auf dem Weg zu einer breiteren, offenen, gesellschaftlichen Demokratie. Ein überwiegend konservatives Demokratieverständnis in Parteien und Bewegung führt zur übersteigerten Wahrnehmung dieser Bewegungen, zu einem verkrampften Gegeneinander zwischen Parteien und Bewegungen und damit zu teilweise manisch anmutenden Konfliktverhältnissen. Und eine unangebrachte Ängstlichkeit führt zu einem ebenso unangebrachten Integrationsverlangen, das oft mangelndes sozialdemokratisches Selbstbewußtsein ausdrückt.

Die SPD hat also ihr eigenes Konzept einer sozialen Demokratie noch nicht richtig verstanden. Dies zu verstehen, ist um so notwendiger, als die Zahl dieser offenen Bewegungen zunehmen wird, auch wenn diese nicht immer spektakuläre Massenbewegungen sein werden. Jetzige Bewegungen werden sich auf ihre Art in der Gesellschaft integrieren, dabei die Gesellschaft verändern, neue werden entstehen. Diejenigen werden sich zu Massenbewegungen auf immer neue Art formieren, die in tatsächliche oder vermeintliche Vakuen zwischen drohenden Gefahren und unzureichender politischer Gefahrenbewältigung hineinstoßen. Die SPD wird die Abwendung solcher Gefahren zu ihren Schwerpunktaufgaben machen müssen. Und sie muß sich der Aufgabe unterziehen, das Konzept der sozialen Demokratie weiterzuentwickeln. Dazu gehört vor allem, die besonderen Funktionen einer politischen Partei, des demokratischen Parlaments und Staates herauszuarbeiten und allgemein verständlich zu machen. Dies stellt sich vor die Notwendigkeit, eine neue Philosophie des demokratischen Staates und eine neue Philosophie des Politischen in einer offenen Demokratie zu entwickeln, die erkennbar macht, was die Aufgaben des Staates sind, wo seine Aufgabengrenzen liegen, und welche gesellschaftlichen Aufgaben durch autonome Bewegungen und freie Initiativen - unabhängig vom Staat und außerhalb der Parteien - wahrgenommen werden sollen. Wird dies versäumt, so setzt sich die SPD Forderungen und Erwartungen aus, an denen sie - und mit ihr die anderen Parteien und die parlamentarische Demokratie - zerbrechen müßte. Die neuen Bewegungen zeigen, wie eng Chancen und Risiken für die SPD und die demokratische Ordnung nebeneinanderstehen.

(-/18.10.1982/v0-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier